

»STADTGESELLSCHAFT« – WAS EIN BEGRIFF ÜBER DIE WIRKLICHKEIT UNSERER STÄDTE AUSSAGT!

Vor 20 Jahren noch selten gebraucht, taucht das Wort „Stadtgesellschaft“ heute in vielen Kontexten auf. Das war der Anlass für eine 2012 durchgeführte Untersuchung über die Karriere des Wortes und ihrer gesellschaftlichen Ursachen.¹

1. VON DER VERGANGENHEITSBESCHREIBUNG IN DEN SPRACHGEBRAUCH DER GEGENWART

Historikerinnen und Historiker sprechen von der Stadtgesellschaft des Mittelalters, womit sie die Über- und Unterordnungsbeziehungen in der Stadt einschließlich der Geschlechterbeziehungen meinen, die sich deutlich von denen der Feudalgesellschaft auf dem Lande unterscheiden.² Außerhalb der Fachsprache der Geschichtswissenschaft wurde „Stadtgesellschaft“ nicht verwendet. In Brockhaus' und Wahrigs Deutschem Wörterbuch fehlte diese Wortkombination im 5. Band, der 1983 erschienen ist. Auch die Stadtsoziologie sprach nicht von Stadtgesellschaft. Das hatte gute Gründe. „Städte lassen sich nicht als isolierte Einheiten untersuchen. Ihre Entwicklung steht in engem Zusammenhang mit den demographischen, sozio-ökonomischen, technologischen und politischen Bedingungen einer Gesellschaft. Das Verhalten der Stadtbewohner ist wiederum von den Lebensbedingungen in einer Gesellschaft und denen in einer gegebenen Stadt abhängig.“³ Deshalb, so wurde immer gefolgert, sind Städte soziologisch nicht einfach als ein Ausschnitt oder Teilaspekt der „Gesellschaft“, zu analysieren, sondern als eine Besonderheit,⁴

1 Diese Untersuchung beruht neben der Auswertung von Tageszeitungen und der Literaturrecherche auf der Stichwortsuche in Bibliotheken in Frankfurt und München, in Online-Archiven der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ), der *Tageszeitung* (TAZ), der *Berliner Zeitung*, des *Tagesspiegels*, des *Hamburger Abendblatts*, der *Welt*, der *Süddeutschen Zeitung* (SZ), des *Kölner Stadtanzeigers* und der *Stuttgarter Zeitung* sowie einer Stichwortsuche im Internet. Für die Interpretation bestimmter Zusammenhänge wurden per Email Anfragen an einzelne Autoren gestellt.

2 So z.B. E. Ennen, *Frauen im Mittelalter*, München 1984, hier 5. Auflage 1994, S. 143. Selten wird der Begriff auch für das 19. Jahrhundert verwendet oder auf die städtische Bevölkerung in der Weimarer Republik und die Zeit des Nationalsozialismus angewandt.

3 J. Friedrichs, *Stadtsoziologie*, Opladen 1995, S. 15.

4 H. Herrmann/C. Keller/R. Neef/R. Ruhne (Hrsg.), *Die Besonderheit des Städtischen: Entwicklungslinien*, Opladen 1995, S. 10.

eine durch spezifische räumliche Gegebenheiten geprägte gesellschaftliche Form, die jedoch selbst keine nach außen gegen die Gesamtgesellschaft abgrenzbare Einheit darstellt. Man sah die soziologische Besonderheit der Stadt gerade darin, dass das Handeln der Stadtbewohner und daraus resultierender Prozesse in einem gebauten Raum stattfindet, diesen beeinflusst und dadurch selbst wieder geprägt wird. „Stadtgesellschaft“ gab es in der Stadtsoziologie als Fachbegriff nicht, weil die Stadtbevölkerung nicht einfach „Gesellschaft“, sondern einerseits weniger, andererseits mehr als „Gesellschaft“ war.

Gleichzeitig waren Städte – meist stillschweigend – die Untersuchungsfelder für die Sozialstruktur der Gesellschaft. Diese wurde bis in die 1970er Jahre hinein als Schichtmodell, danach mit der Pluralisierung von Lebensstilen als eine Vielzahl von Milieus, heute auch wieder mit dem Klassenbegriff beschrieben. Es bestand dabei kein Interesse an einem Vergleich der Sozialstruktur einer Stadt mit einer anderen Stadt oder der im ländlichen Raum. Man ging von der Verstädterung der Gesellschaft aus.⁵

Entgegen diesen Tendenzen in Soziologie und Stadtsoziologie zeigte sich, dass seit der ersten Hälfte der 1990er Jahre in deutschen Großstädten das Wort „Stadtgesellschaft“ umläuft, und zwar zunächst in der Stadtpolitik und bei Fachleuten, die mit der Stadt zu tun haben und dann ab 2000 zunehmend auch in der Stadtforschung. Das Wort wird über die Zeitungen der großen deutschen Städte transportiert. Damit stellt sich die Frage nach den Gründen für die Karriere des Wortes in der Gegenwartsbeschreibung der Stadt. Warum kam das Wort gerade in den 1990er Jahren aus der Vergangenheit der Geschichtsforschung in die Gegenwart der Stadtpolitik? Gab es soziale Veränderungen in den Städten, die die Bezeichnung Stadtgesellschaft notwendig machten? Wird „Stadtgesellschaft“ in ihren verschiedenen Verwendungskontexten, in der Sprache der lokalen Medien, der Stadtpolitik und Stadtmanager wie in der Wissenschaftssprache einheitlich gebraucht oder gibt es verschiedene Bedeutungen? Kann Stadtgesellschaft als Begriff etwas erzählen, was die stadtsoziologische Forschung (noch) nicht weiß und sie anregen könnte?

Dass die zunehmende Verwendung des Begriffs Stadtgesellschaft auf eine neue Wirklichkeit in der Stadt aufmerksam machen könnte, ist eine naheliegende These.⁶ Denn mit neuen Begriffen oder ihrer Nutzung in neuen Zusammenhängen versucht man neue Phänomene zu erfassen, aber zugleich konstituieren die Begriffe diese Phänomene auch. Die

nien der Stadt(soziologie), Wiesbaden 2011.

- 5 H. Lefèbvre, Die Revolution der Städte, Dresden 2003 (zuerst 1970), S. 11 ff. Kritisch dazu D. Ipsen: „Gerade die meist statistisch belegte These einer universellen Verstädterung verbirgt die substantielle Frage nach der inneren Dialektik von Tradition und Moderne in der Entwicklung der Lebensweisen“; vgl. D. Ipsen, Stadt und Land. Metamorphosen einer Beziehung, in: H. Häussermann/D. Ipsen/Th. Krämer-Badoni/D. Läßle/M. Rodenstein/W. Siebel, Stadt und Raum. Soziologische Analysen, Pfaffenweiler 1991 S. 117-156, S. 156.
- 6 Zwar lässt sich „keine Wirklichkeit [...] auf ihre sprachliche Deutung und Gestaltung reduzieren, aber ohne solche sprachlichen Leistungen gibt es – jedenfalls für uns – keine Wirklichkeit“; vgl. R. Koselleck, Begriffsgeschichten, Frankfurt a.M. 2006, S. 62.

alltagssprachliche Verwendung „Stadtgesellschaft“ ist performativ zu deuten als ein Akt der Benennung, in dem zugleich das Phänomen (Stadtgesellschaft) selbst entsteht. Wenn ein Sprecher oder eine Sprecherin „Stadtgesellschaft“ sagt, dann wird damit in anderen die Vorstellung hervorgerufen, dass es eine auf die Stadt orientierte Gesamtheit gibt, deren gemeinsamer Bezugsrahmen eben nicht der Staat oder die Nation, sondern die Stadt ist. Welches das Sinnmuster der Gemeinsamkeit ist, kann zunächst offen und der individuellen Interpretation, der eigenen Weise der Identifikation mit oder Orientierung an der Stadt überlassen bleiben. Es handelt sich um ein sprachliches Phänomen, das eine neue Wirklichkeit zum Ausdruck bringen will bzw. diese bewusst macht und sie damit zugleich schafft. Die Frage ist deshalb nicht nur, was mit dem Wort Stadtgesellschaft „begriffen“ wird, sondern auch, zu welcher Wirklichkeit die Verwendung des Wortes selbst beiträgt bzw. beitragen soll.

2. VERBREITUNG DES BEGRIFFS STADTGESELLSCHAFT

Man muss annehmen, dass „Stadtgesellschaft“ vermittelt über Zeitungen und Fachtagungen in den letzten 20 Jahren zwischen dem Gebrauch in der Alltagssprache der städtischen Fachleute und der Politik sowie dem Gebrauch in der Stadtforschung hin und her wanderte. In diesem Oszillieren zwischen Wissenschafts- und Alltagssprache gibt es gegenseitige Verstärkungen, aber auch Veränderungen der Bedeutung. Wie das im Einzelnen geschieht, kann hier nicht nachvollzogen werden. Wenn im Folgenden zeitliche Schwerpunkte für den alltags- und den fachsprachlichen Gebrauch genannt werden, ist damit keine Aussage über kausale Beziehungen beabsichtigt.

Die Karriere des Begriffs begann Anfang der 1990er Jahre. Das 1993 eingerichtete Online-Archiv der Frankfurter Allgemeinen Zeitung verzeichnet für dieses Jahr drei Artikel mit Nennungen des Wortes im Feuilleton; zwei davon wurden von dem Architekturhistoriker Michael Mönninger und dem Publizisten und Berliner Stadtplaner Dieter Hoffmann-Axthelm geschrieben, die bei der weiteren Verbreitung des Wortes eine Rolle spielten. Im Jahr 2000 wurden im FAZ-Archiv 12, 2001 18, im Jahr 2011 49 und bis 24. August 2012 insgesamt 523 Nennungen gezählt, worunter auch das zur Geschichtswissenschaft gehörige Fachwort ist. Zunächst ist der Begriff im Feuilleton zu finden, dann immer häufiger im Lokalteil der Zeitung. Auch in anderen deutschen Großstädten wie Berlin, München, Köln, Stuttgart ist das Wort Stadtgesellschaft präsent, wobei es in Hamburg am wenigsten in Gebrauch zu sein scheint.⁷

7 Das Online-Archiv des *Hamburger Abendblattes* zählte 31 Artikel mit Nennungen seit 1987, das der *Welt* seit 2001 21, das der *Stuttgarter Zeitung* seit 2010 100 Nennungen, das der *TAZ* 132 seit 1989, das der *Berliner Zeitung* 65, das des *Tagesspiegels* seit 1996 44, das der *SZ* seit 1992 457, das des *Kölner Stadtanzeigers* seit 1998 154 Nennungen.

Im Umkreis der Stadtforschung tauchte das Wort nach meiner Kenntnis zuerst bei Volker Kirchberg im Titel der Dissertation „Kultur und Stadtgesellschaft“ 1992 auf, nicht aber im Text selbst.⁸ 1993 erschien das Buch „Die dritte Stadt“, von Dieter Hoffmann-Axthelm,⁹ in dem er den Begriff Stadtgesellschaft benutzte und im Sinne einer Teilgruppe der Bevölkerung definierte, die sich für die Stadt verantwortlich fühlt.

Ab 1994 war der Begriff in der Frankfurter Politik und der Lokalpresse angekommen und wurde im Zusammenhang mit Bedrohungsszenarien (Rückgang der Gewerbesteuer und Haushaltskürzungen) genannt. Im Berliner Wissenschaftskolleg fand Ende 1995 ein Kolloquium mit dem Titel „Stadtgesellschaft, Stadttheorie und Planungspraxis“ statt, dessen einziger Bezugspunkt „Die dritte Stadt“ von Hoffmann-Axthelm war. Der Begriff Stadtgesellschaft wurde auch von anderen Teilnehmern des Kolloquiums wie dem Historiker Jürgen Kocka,¹⁰ der von der „Stadtgesellschaft der Gegenwart und der Vergangenheit“ sprach, in verschiedenen Zusammenhängen genutzt, aber nicht weiter definiert.

Auf dem Neujahrsempfang 1996 sprach die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth davon, dass eine Stadtgesellschaft „am ehesten den Ausgleich von Allgemeininteressen und Einzelinteressen“ garantiere.¹¹ Auch andere StadtpolitikerInnen benutzten das Wort, so Daniel Cohn-Bendit, der über die „multikulturelle Stadtgesellschaft“ sprach.¹² Der Begriff „Stadtgesellschaft“ bezog sich in allen Fällen auf die Gesamtheit der unterschiedlichen Bevölkerung einer Stadt.

Die Beiträge des von Michael Mönninger geleiteten Berliner Kolloquiums von 1995 wurden von ihm unter dem Titel „Stadtgesellschaft“ 1999 als Suhrkamp-Band herausgegeben. Der Titel „Stadtgesellschaft“ geht nach Auskunft Mönningers jedoch auf Dieter Hoffmann-Axthelm zurück.

Danach mehrten sich Veröffentlichungen von StadtforscherInnen, die diesen Begriff im Buchtitel präsentierten.¹³ Vor allem von der Untersuchung von Wilhelm Heitmeyer und Reimund Anhut im Jahr 2000 über die „Bedrohte Stadtgesellschaft“, die sich auf

8 Befragt zur Herkunft der Wortkombination erläutert er, dass es zunächst „Stadtgesellschaften“ heißen sollte und im Gespräch mit Jürgen Friedrichs vor dem Hintergrund der gemeinsamen Untersuchung von Wolfsburg (1989) entwickelt wurde, in der sie von heterogenen „Gesellschaften der Stadt“ gesprochen hätten, die die City als Möglichkeit des Treffens und Kommunizierens nutzten; vgl. V. Kirchberg, *Kultur und Stadtgesellschaft. Empirische Fallstudie zum kulturellen Verhalten der Stadtbevölkerung und zur Bedeutung der Kultur für die Stadt*, Wiesbaden 1992.

9 D. Hoffmann-Axthelm, *Die dritte Stadt*, Frankfurt a.M. 1993, S. 237 f.

10 J. Kocka, *Wider die Idealisierung der historischen Stadt*, in: M. Mönninger (Hrsg.), *Stadtgesellschaft*, Frankfurt a.M. 1999, S. 97-100, S. 97.

11 FAZ vom 19.01.1996, Rhein-Main-Zeitung S. 51.

12 Ebda. vom 20.03. 1996, S. 44.

13 W. Heitmeyer/R. Anhut (Hrsg.), *Die bedrohte Stadtgesellschaft*, Weinheim/München 2000; E. Lepp-Brand, *Lebensmodell Stadt: über den verlorenen Zusammenhang von Stadtleben, Stadtgesellschaft und Städtebau*, Tübingen 2000; H. Schridde, *Modernisierung der Stadt-Gesellschaft und die Dezentralisierung des Wohlfahrtsstaatlichen Arrangements*, Diss. Universität Hannover 2000 (Elektronische Ressource).

reale Konflikte der Städte bezog, ging eine relativ weite Wirkung aus, schien sie doch Erklärungen und Wissen zum Umgang mit Migrantenmilieus zu bieten. Die Migranten und ihre Nachkommen in den Zusammenhang einer „Integrationsproblematik“ in Deutschland zu stellen, war zwar schon länger eine in Politik und Wissenschaft verbreitete Sichtweise, wurde jedoch durch diese Untersuchung noch bestärkt. Insbesondere dann, wenn es um Migranten ging, setzte sich der Begriff Stadtgesellschaft in der Stadtforschung fest.¹⁴

In den letzten zwei Jahren fand sich „Stadtgesellschaft“ häufig wie selbstverständlich und ohne weitere Definitionsbemühungen im Text wie in Titeln von stadtsoziologischen Büchern und Tagungen.¹⁵ Der Begriff ist in Mode gekommen, und ein erster Überblick zeigt, dass er mit wachsender Selbstverständlichkeit gebraucht wird.

Es gibt aber nur wenige Autoren wie Dieter Hoffmann-Axthelm, Wilhelm Heitmeyer/Reimund Anhut, Bernhard Schäfers, Wolf-Dietrich Bukow oder Daniela De Ridder, die den jeweils gemeinten Sinn des Wortes definieren. Hoffmann-Axthelm und Heitmeyer/Anhut beziehen sich auf die stadtsoziologische Thematik der engen Verbindung von Stadt und Gesellschaft, von Baulich-Physischem und Sozialem, setzen sich jedoch explizit im Sinn einer pragmatischen Entscheidung, wenn auch in unterschiedlicher Weise, davon ab. Im umgangssprachlichen Gebrauch wurde der Begriff nur von StadtpolitikerInnen, von Fachleuten, die mit der Stadt und ihren Problemen zu tun haben, und in den Medien genutzt, doch keineswegs einheitlich. Der Begriff erschien breit und deutungs-offen. Nicht selten zeigte sich Unsicherheit im Umgang mit dem Begriff oder auch Distanzierung, wenn Journalisten von der „so genannten Stadtgesellschaft“ schrieben.

3. BEDEUTUNGSVIELFALT UND SOZIOLOGISCHER HINTERGRUND

Der Gebrauch des Wortes wird nun ausgehend von der Alltagssprache der Stadtpolitik und anderer Stadtxperten untersucht und durch die Analyse des Gebrauchs in der wis-

14 W.-D. Bukow (Hrsg.), Auf dem Weg zur Stadtgesellschaft: die multikulturelle Stadt zwischen Neuorientierung und Restauration, Opladen 2001. Der erst 2005 vom Institut für Urbanistik veröffentlichte Bd. 1 der Beiträge zum bereits 2003 abgeschlossenen Forschungsverbund des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Stadt 2030“ hieß „Integration und Ausgrenzung in der Stadtgesellschaft“. Im Lehrbuch „Stadtsoziologie“ von B. Schäfers, Wiesbaden 2006 befindet sich ein Kapitel, das „Integration in die Stadtgesellschaft“ heißt. Ein Tagungsbericht „Kulturelle Vielfalt als Herausforderung für die Stadtgesellschaft“ wurde 2009 vom Deutsch-französischen Institut Ludwigsburg veröffentlicht. Eine Ausnahme bildet der bei Daniela De Ridder zu findende Begriff der telekommunikativen Stadtgesellschaft; vgl. D. De Ridder, Vom urbanen Sozialraum zur telekommunikativen Stadtgesellschaft, Frankfurt a.M. 2007.

15 O. Frey/F. Koch (Hrsg.), Die Zukunft der Europäischen Stadt. Stadtpolitik, Stadtplanung und Stadtgesellschaft im Wandel, Opladen 2011; W.-D. Bukow/G. Heck/E. Schulze/E. Yildiz (Hrsg.), Neue Vielfalt in der urbanen Stadtgesellschaft, Wiesbaden 2011; R. Reißmüller/K. Schucknecht (Hrsg.), Stadtgesellschaften im Wandel, Chemnitz 2012; ohne Herausgeberangabe: Stadtgesellschaft. Werte und Positionen. Bürgermeister Franz Dobler zum 60. Geburtstag gewidmet, Linz 2011.

senschaftlichen Fachsprache ergänzt. Das Ergebnis ist, dass sich drei Bedeutungsvarianten unterscheiden lassen.

- ▷ Stadtgesellschaft (I) als die Gesamtheit der Bevölkerung der Stadt, deren Gemeinsamkeit in einer nicht näher spezifizierten, gedachten Zusammengehörigkeit besteht;
- ▷ Stadtgesellschaft (II) als Gesamtheit der städtischen Bevölkerung mit einer spezifischen Qualität der sozialen Beziehungen;
- ▷ Stadtgesellschaft (III) als ein Teil der Bevölkerung und/oder Organisationen mit einem spezifischen Bezug zur Stadt.

3.1 Stadtgesellschaft I

Stadtgesellschaft als die Gesamtheit der Bevölkerung der Stadt, deren Gemeinsamkeit in einer nicht näher spezifizierten Zusammengehörigkeit besteht, ist eine Wortbedeutung, die um die Mitte der 1990er Jahre erkennbar wird. Dieser Begriff von Stadtgesellschaft kommt allmählich in umgangssprachlichen Gebrauch, um Ungleichheit und Vielfalt unter einen Hut zu bringen. Dabei sind stadtspezifische Unterschiede zu erkennen.

In Berlin wird 1992 die Fortschreibung der „Spaltung der Stadtgesellschaft in Ost und West“¹⁶ durch eine bestimmte Stadtplanung befürchtet. In München spricht der DGB von den Herausforderungen für die Stadtgesellschaft durch die Arbeitsmigration aus Osteuropa.¹⁷

Formulierungen der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth von 1996 zeigen, dass sie die Stadtgesellschaft damit von der Gesamtgesellschaft absetzen möchte, wobei erstere am ehesten die Ausgegrenzten auffangen könne. „Niemand dürfe ausgegrenzt werden, weil das Geld nicht reiche.“¹⁸

Dieser Begriff von Stadtgesellschaft, der sich als Dach über der inneren Ungleichheit in der Stadt wölbt, wurde im Lauf der Zeit immer mehr auf die Migrantenproblematik eingengt. In der Stadtpolitik und Verwaltung nutzte man diesen Begriff. Er erscheint beispielsweise heute auf den Homepages von Städten wie Köln,¹⁹ Stuttgart,²⁰ oder München.²¹ Das Sinnmuster, das hier gemeinsam ist, lässt sich relativ leicht erschließen. Hier sind mit dem Begriff Stadtgesellschaft alle Bewohner der Stadt, Migranten und Nichtmigranten, Arm und Reich, gemeint. Mit dem Wort Stadtgesellschaft vermeidet man eine ausschließende Bezeichnung wie etwa „Bürgergesellschaft“, die sich auf Staatsbürger oder auch auf den zivilgesellschaftlich engagierten Personenkreis beziehen kann. Stadtgesellschaft ist hier der Begriff für das, wofür sich eine Stadtverwaltung verantwortlich

16 TAZ vom 11.12.1992, Berlin lokal S. 23.

17 SZ vom 07.10.1992, München, Mit dem Rücken zur Wand.

18 (s. A 11).

19 Vgl. www.stadt-koeln.de/1/verwaltung/leitbild/.../02437/ [30.10.2012].

20 Vgl. www.stuttgart.de/item/show/337775 [30.10.2012].

21 Vgl. www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Direktorium/Fachstelle-gegen-Rechtsextremismus [30.10.2012].

fühlt. Stadtgesellschaft in diesem Sinn ist ein inklusiver Begriff. Er besagt: Wir alle sind die Stadtgesellschaft. Aus dem Verwendungskontext ist auch zu schließen, dass Bewohner des Umlandes der Stadt nicht dazu gehören. Dieser Begriff ist an den Stadtgrenzen orientiert. Er ist eine Aufforderung, sich der Stadt zugehörig zu fühlen, deren soziale Probleme immer größer werden.

Denn der Schein von gleicher und gerechter Teilhabe an den Segnungen des Kapitalismus hatte sich mit dem Ende der fordistischen Periode in der Mitte der 1970er Jahre verloren. Die sozialen Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit wurden seit Ende der 1980er Jahre in den Städten immer sichtbarer. In den 1990er Jahren traten neue Formen der Ungleichheit vor allem in Großstädten zu Tage (ethnische Diskriminierung, offener Rassismus, aber auch die Prekarisierung vormals auskömmlicher Lebensverhältnisse), so dass die Aufmerksamkeit für die rechtliche, materielle und soziale Einschränkung der Teilhabe am städtischen Leben wuchs. Man sprach nun von Ausgrenzung bzw. Exklusion, ein Wort, das im französischen und englischen Sprachgebrauch seit Anfang der 1990er Jahre in Umlauf war. So diagnostizierte man eine zunehmende „Kluft zwischen Arm und Reich“, die „soziale Spaltung der Städte“ bzw. ihre „Fragmentierung“.

Im Begriff Stadtgesellschaft wird nun Fragmentiertes, Ungleiches wieder zusammengefügt, er stellt sprachlich einen Zusammenhalt her, der faktisch zu einem politischen Problem geworden ist. Insofern steht er als Platzhalter für einen real nicht vorhandenen oder als bedroht angesehenen Zusammenhalt der städtischen Bevölkerung. Der Begriff selbst ist eine imaginäre Größe,²² ein Symbol für den Zusammenhalt von verschiedenen sozial auseinander driftenden Bevölkerungsgruppen in der Stadt. Zwischen Markt und Staat, die auf unterschiedliche Weise die soziale Ausgrenzung befördern, zugleich aber den Marginalisierten und Ausgegrenzten die einzigen Überlebenschancen bieten,²³ schiebt sich nun die „Stadtgesellschaft“, die den Menschen näher ist, die die Probleme besser kennt und eher vermitteln kann sowie symbolisch Zugehörigkeit bietet. Mit dem Begriff der Stadtgesellschaft (häufig mit dem Adjektiv multiethnisch oder multinational) wird gefordert, dass die Ausgegrenzten inkludiert werden sollen bzw. sich niemand außerhalb dieser Gesellschaft befindet. Viel benutzte sprachliche Metaphern vom Rand und der Mitte der Stadtgesellschaft legen die Vorstellung nahe, dass es sich hier eher um ein „flaches“ soziales Gebilde mit Zentrum und Peripherie handelt und es um die Zugehörigkeit am Rand oder in der Mitte geht.²⁴ Muslime in Frankfurt fordern in diesem Sinn ihren „Platz in der Mitte der Stadtgesellschaft“.²⁵ Die damit umschriebene Art der Ungleichheit

22 S. Lüdemann, *Metaphern der Gesellschaft. Studien zum sozialen und politischen Imaginären*, München 2004.

23 M. Kronauer, *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*, Frankfurt a.M./New York 2002, S. 204.

24 Die Problematik des Exklusionsbegriffs mit dem ein Außerhalb und Innerhalb der Gesellschaft konstruiert wird, wurde auch in der soziologischen Literatur problematisiert; vgl. ebda., S. 204 ff.

25 *Newsnational* vom 22.07.2008; <http://islam.de/10546> [30.10.2012].

ist nicht in erster Linie durch Einkommensumverteilung, sondern durch Anerkennung von Besonderheiten und Teilhabemöglichkeiten zu bekämpfen. Die Städte selbst haben sich in ihrer Politik, Ökonomie und Kultur zu verändern und zu öffnen. In zahlreichen Städten haben dementsprechende Anerkennungsrituale und die Eröffnung von Teilhabemöglichkeiten stattgefunden. Die Politik konstituiert und organisiert „Stadtgesellschaft“, ist aber zugleich auch Teil derselben. Insofern verschwindet die Stadtpolitik und mit ihr zugleich auch Macht und Herrschaft in diesem Begriff von Stadtgesellschaft.

3.2 *Stadtgesellschaft II*

Der spätere Oberbürgermeister von München, Christian Ude, erklärte 1993 bei der Vorstellung des Programms der SPD, dass er eine solidarische Stadtgesellschaft statt Spaltung und Ellenbogengesellschaft wolle.²⁶ Die Arbeiterwohlfahrt in Frankfurt appelliert an eine „solidarische Stadtgesellschaft“,²⁷ von Seiten der Caritas wird eine „soziale Stadtgesellschaft“²⁸ gefordert, oder es wird die „Zukunft der Stadtgesellschaft Offenbach“ beschworen, in der Parteien und andere Gruppen weniger gegeneinander agieren und mehr miteinander sprechen sollten.²⁹ Im Integrationsbericht der Stadt Frankfurt von 2011³⁰ geht es um Dialog und Vernetzung der Stadtgesellschaft, was als ein mehr Miteinander verstanden wird. In diesen Beispielen zeigt sich, dass das Angebot zur Identifikation mit oder zur Zugehörigkeit zu der Stadtgesellschaft noch nicht den Vorstellungen der jeweiligen SprecherInnen von Stadtgesellschaft entspricht. Sie wünschen sich mehr soziales Engagement, mehr Solidarität, mehr Kommunikation untereinander.

In dieser zweiten Bedeutung dient Stadtgesellschaft als Begriff dazu, das zu artikulieren, was in den Beziehungen der verschiedenen Gruppen untereinander in der Stadt fehlt und was nach den Vorstellungen der jeweiligen Sprecher in einer wohl funktionierenden Stadtgesellschaft verbessert werden müsste. Es handelt sich um ein normatives Konzept von Stadtgesellschaft, in dem auf die Kohärenz bzw. die Qualität der sozialen Beziehungen verschiedener Bevölkerungsteile untereinander abgehoben wird.

In diesem Sinn kann man Stadtgesellschaft soziologisch als „vergemeinschaftende Vergesellschaftung“³¹ deuten oder als ein struktur-funktionales soziales System analysieren, in das das Individuum hinein sozialisiert wird, so dass es die notwendigen Integrationsleistungen vollbringen kann, die es selbst, aber ebenso das System insgesamt, funktionieren lassen. Die Defizite liegen dann nicht nur beim Individuum und seiner Bereitschaft sich in die Stadtgesellschaft zu integrieren, sondern auch bei der Aufnahmebereitschaft der Subsysteme der Stadt wie Ökonomie, Politik und Kultur. Wilhelm Heitmeyer und

26 SZ vom 18.08.1993, München, Ude zeigt Unterschiede zur CSU-Politik auf.

27 FAZ vom 13.10.2010, Rhein-Main-Zeitung S. 34.

28 *Frankfurter Rundschau* vom 10.02.2010, Für eine soziale Stadtgesellschaft.

29 Ebda. vom 23.12.2011, Mehr Miteinander.

30 Vgl. www.Vielfalt-bewegt-frankfurt.de/Integrationskonzept_Kap.1_Dialog_Vernetzung.pdf [30.10.2012].

31 B. Schäfers, *Stadtsoziologie*, Wiesbaden 2006, S. 171 f.

Reimund Anhut fragen, ob die Stadtgesellschaft zur individuell-funktionalen Systemintegration (Arbeit, Bildung, positionale Anerkennung) oder der interaktiv-kommunikativen Sozialintegration (moralische Anerkennung und Gerechtigkeit) oder der kulturell-expressiven Sozialintegration (Vergemeinschaftung, emotionale Anerkennung) in der Lage ist.³² Während diese Autoren die Möglichkeiten der Sozialintegration von einzelnen oder Gruppen behandelten, thematisierte Hartmut Häussermann³³ die Systemintegration und äußert die Vermutung, dass sich die Stadtgesellschaft durch nicht gelingende Systemintegration auflösen könne, wenn bei allgemein erodierenden Werten und Normen der Stadtpolitik zu wenig ökonomische Ressourcen zur Verfügung stehen, um die defizitären Lebenslagen aufzufangen. Diese Ansätze, die Stadtgesellschaft als soziales System zu untersuchen, unterstellen zunächst eine funktionierende Sozial- und Systemintegration, um der jeweiligen Gesellschaft bzw. Stadtgesellschaft ihre diesbezüglichen Defizite vor Augen zu halten. Daraus resultieren Handlungsanweisungen, die das Denken von Stadtmanagern aller Art beeinflussen, wenn sie mehr Kommunikation, Solidarität oder soziale Unterstützung von der Stadtgesellschaft fordern. Die soziale Distanz, die durch die Individualisierung vergrößert wurde, soll abgebaut werden. Die Stadtgesellschaft ist dann keine imaginäre oder ideologische Größe mehr, mit der Unterschiede überdeckt werden sollen wie im ersten Begriff. Sie erscheint stattdessen als Realobjekt, das verbessert werden muss.

Bei Wolf-Dietrich Bukow wird dazu 2001³⁴ kritisch festgestellt: „Man hat das Bild einer heilen und hochintegrierten Stadt vor Augen und findet dann vor Ort Konfliktfelder und Desintegrationserscheinungen. Und schnell wird aus diesen zwei Bildern eine Verfallsgeschichte, weil das eine Bild zurück und das andere in die Zukunft projiziert wird.“³⁵ Kritisiert wird auch der heute noch vielfach benutzte Gesellschaftsbegriff, der sich auf den Nationalstaat und eine vorherrschende Basiskultur bezieht. Ihre konstruktivistische Vorstellung von der Stadtgesellschaft in der Postmoderne mit der Vielzahl von Lebensstilen ist die einer Diskursgemeinschaft, deren Bezugspunkt für sinnhaftes Handeln neben anderem auch die metropolitane Gesellschaft ist. Sie sei „ein regional wohlumgrenzter Orientierungshorizont“ für die Diskurse.³⁶ Die Bewohnerschaft der Metropolen besteht in dieser Konzeption von Stadtgesellschaft nicht aus individualisierten Subjekten, sondern

32 W. Heitmeyer/R. Anhut (Hrsg.), *Bedrohte Stadtgesellschaft*, Weinheim/München, 2000, S. 567 f.

33 H. Häussermann, *Integration und Urbanität – eine problematisch gewordene Beziehung*, in: *Deutsches Institut für Urbanistik* (Hrsg.) *Zukunft von Stadt und Region*, Bd. 1: *Integration und Ausgrenzung in der Stadtgesellschaft*, Wiesbaden 2005, S. 19-52; ders. in: H. Häussermann/D. Läßle/W. Siebel, *Stadtpolitik*, Frankfurt 2008, S. 183 f.

34 W.-D. Bukow/C. Nikodem/E. Schulze/E. Yildiz, *Die multikulturelle Stadt zwischen globaler Neuorientierung und Restauration*, in: W.-D. Bukow (Hrsg.), *Auf dem Weg zur Stadtgesellschaft*, Opladen 2001; S. 9-24, hier FN S. 14.

35 Ebd., S. 13.

36 W.-D. Bukow, *Die gesellschaftliche Konstruktion der Postmoderne als metropolitane Gesellschaft*, in: W.-D. Bukow (s. A 14), S. 4.

aus Mitgliedern einer metropolitanen Diskursgemeinschaft.³⁷ In stadttypischen Diskursen, die sich im Fall von Konflikten ergeben wie z.B. um den Bau von Moscheen, in dem unterschiedliche Einkommens- und Religionsgruppen, Nachbarn und Politiker in einen Dialog kommen, könne man das Machtgefälle und die neu hergestellten Beziehungen untersuchen und darüber Einblick in die innere Struktur der Stadtgesellschaft gewinnen.

Dieser Diskursansatz von Bukow und anderen ist nicht auf ideale normative Vorstellungen von einem gedachten Ganzen ausgerichtet, sondern geht davon aus, dass sich die Wirklichkeit der Stadt von den am Diskurs beteiligten Gruppen her entwickelt. Diese Stadtgesellschaft baut sich quasi von unten her durch die Konflikte auf, die in der Stadt thematisiert werden und für die Aufmerksamkeit erzielt werden kann. Diese Vorstellung von Stadtgesellschaft weist aber auch darauf hin, dass nur ein Teil der Bevölkerung an dieser Gestaltung der Stadtgesellschaft Teil hat.

3.3 *Stadtgesellschaft III*

„Nicht Hinz und Kunz waren in den Römer gekommen, sondern die Blüte der Stadtgesellschaft“, hieß es bei der Beschreibung des Neujahrsempfangs 2004 im Frankfurter Römer.³⁸ Hier hat man zwar noch die ganze Stadtgesellschaft im Auge, doch herausragend ist nur ein Teil. Bald wird in dieser Betrachtungsweise nur noch diese herausgehobene Teilgruppe der Bevölkerung als Stadtgesellschaft bezeichnet. Damit entsteht ein dritter Begriff von Stadtgesellschaft, der sich auf Personen und Organisationen bezieht, die sich durch eine besondere Beziehung zur Stadt auszeichnen und sich zu bestimmten Anlässen immer wieder treffen. Diese Teilgruppe „Stadtgesellschaft“ unterscheidet sich vom Rest der Bevölkerung nicht durch die Zugehörigkeit zu Migranten oder Einheimischen, zu Arm oder Reich wie im Begriff I, sondern dadurch, dass sie in irgendeiner Weise einflussreich ist bzw. sich in oder für die Stadt einsetzt.

In Frankfurt haben die Tageszeitungen viel zur Bekanntmachung dieser Begriffsvariante beigetragen. Ob über den Frankfurter Opernball,³⁹ die Grundsteinlegung der neuen Frankfurter Altstadt⁴⁰ oder die Verabschiedung der Oberbürgermeisterin berichtet wird,⁴¹ die Medien sahen dabei die Stadtgesellschaft versammelt. Die Oberbürgermeisterin sprach bei bestimmten Gelegenheiten von „ganz Frankfurt“. Dabei mag es sich um bis zu 1.000 Personen handeln, die sich in verschiedenen Konstellationen bei öffentlichen Angelegenheiten immer wieder treffen, aber keineswegs nur aus Frankfurt, sondern auch aus der Region kommen. Hier hat der Begriff etwas Exklusives. In Frankfurt erfährt man von dieser Stadtgesellschaft im Wesentlichen dann, wenn ausgewählte Personen in

37 Ebda., S. 42.

38 FAZ vom 16.01. 2004, Rhein-Main-Zeitung, S. 46.

39 FAZ vom 27.02.2012, Rhein-Main-Zeitung, S. 34.

40 *Frankfurter Rundschau* vom 24.01.2012, Hier will ich wohnen.

41 FAZ vom 12.06.2012, Rhein-Main-Zeitung, S. 37.

den Römer, das Frankfurter Rathaus, oder die Paulskirche eingeladen werden: Migrantenvertreter, Vereinsvorsitzende, aber in den letzten Jahren besonders hervortretend, die StifterInnen und SponsorInnen für Frankfurter Institutionen und deren OrganisatorInnen. Dass mit dieser Begriffsvariante von Stadtgesellschaft Politik gemacht wird, zeigte die Reaktion des neuen Frankfurter Oberbürgermeisters Peter Feldmann. Er kündigte bereits an, „dass ich kein Anhänger eines verengten Begriffs von Stadtgesellschaft bin. Ich will keine Stadtgesellschaft, die nur ein Prozent der Menschen umfasst und 99 Prozent vor der Tür lässt.“⁴²

Auch Dieter Hoffmann-Axthelm hatte 1993 diese Begriffsvariante von Stadtgesellschaft, die sich nur auf einen kleinen Teil der städtischen Bevölkerung bezieht, vor Augen. „Gesellschaft lässt sich für den städtischen Gebrauch als das Bedürfnis einer ortsgebundenen Bühne beschreiben, auf der sich, wer auf irgendeiner Ebene politische oder ökonomische Entscheidungen von städtischem Belang trifft, als Zivilperson verantworten muss.“⁴³ Faktisch zeige sich, „dass gerade die kapitalistisch härtesten Gesellschaften vom moralischen Überschuss eines nicht unbeträchtlichen Teils ihrer Mitglieder leben, und es gibt bis heute keinen deutlicheren Kollektor solcher Überschüsse als die Stadt.“⁴⁴

In Frankfurt gehören nicht nur die politisch für die Stadt engagierten Bürger,⁴⁵ sondern auch diejenigen, die Ehrenämter bekleiden, Vereinen vorstehen und die Stifter und Stifterinnen, Spenderinnen und Spender sowie die Organisationen derer, die der Stadt etwas zu Gute kommen lassen, zur Stadtgesellschaft. Diese „Stadtgesellschaft“ hat weder Anklänge an das, was im 19. Jahrhundert die „bessere Gesellschaft“ der von Honoratioren verwalteten Städte war, noch an das, was in fordistischer Zeit als „gute Gesellschaft“ der Stadt bezeichnet wurde, die sich durch Geld und gesellschaftliches Ansehen sowie einen bestimmten Lebensstil von dem Gros der Bevölkerung abhob und einen geselligen Verkehrskreis bildete, zu dem Außenstehende nur unter besonderen Voraussetzungen Zugang fanden. Noch handelt es sich um eine Elite (Funktions-, oder Leistungs- oder Machtelite) im soziologischen Sinn. Es ist vielmehr ein – so meine These – im städtischen politischen Rahmen entstandenes neues soziales Gebilde. Es konstituiert sich durch die zahlreichen Anerkennungsrituale in der Stadt für Personen, die sich in besonderem Maß für die Stadt eingesetzt haben. Bei genauerer Untersuchung dieses sozialen Gebildes wird man auch eine Anerkennungshierarchie erkennen können, an deren Spitze allerdings die Stifterinnen und Stifter stehen.⁴⁶

42 *Frankfurter Rundschau* vom 05.09.2012, S. F2.

43 (s. A 11), S. 237 f.

44 Ebda, S. 238.

45 Seit dem Kampf um die Rekonstruktion eines Teils der Altstadt wird in Frankfurt jedes größere Planungsverfahren von Planungswerkstätten mit Beteiligung von Betroffenen begleitet.

46 In Frankfurt hat sich die Zahl der ansässigen Stiftungen von 1982 bis 2010 mehr als verdreifacht. Von ihnen widmeten sich 40% der Förderung der Wissenschaft, 30% sozialen Zwecken, 16% der Kulturförderung, Natur- und Umweltschutz sowie 14% der Bildung und Erziehung; vgl. *H.-O. Schembs*,

4. STADTGESELLSCHAFT – EINE HYPOTHESE

Die Untersuchung zeigte, dass der Begriff Stadtgesellschaft, wie er auf die gegenwärtige Stadt angewandt wird, mehrdeutig ist. Er wird in der Variante I vor allem zunächst von der Stadtpolitik als gedachte Ganzheit der Stadtbevölkerung und imaginärer Zusammenhalt propagiert, in der Variante II mit Normen versehen, wie der in diesem Kulturkreis als „normal“ angenommenen Qualität sozialer Kohäsion und Integration. Während sich diese beiden Varianten auf den Zusammenhalt der städtischen Bevölkerung beziehen, und in der Variante II die Überwindung der Defizite in der Realität angemahnt wird, bezieht sich die Variante III auf diejenigen, die sich in ihrem Handeln bewusst an der Stadt und ihren Problemen orientieren, und damit dazu beitragen, dass sich der imaginäre Zusammenhalt (I), aber auch der reale (II) herstellen soll. Der Begriff Stadtgesellschaft, so könnte man auch sagen, hat sich vom frühen Beginn in den 1990er Jahren ausdifferenziert von der gedachten Ganzheit Stadtgesellschaft zu einer normativen Größe, einem Realobjekt Stadtgesellschaft mit einer bestimmten Qualität, und er wird schließlich auch zur Bezeichnung einer Gruppe von AkteurInnen genutzt, die in der Stadt eine Rolle spielen. Ob und inwieweit deren Handeln nur symbolisch oder auch real zur Inklusion, zur Integration bzw. zur Aufhebung von Defiziten beiträgt, ist eine empirisch noch weitgehend ungeklärte Frage.

Zusammengenommen bilden diese Begriffsvarianten damit eine für die Stadtsoziologie untersuchenswerte Hypothese über die „Herstellung von Stadtgesellschaft“. Demnach wäre „doing Stadtgesellschaft“ eine neue Praxisform, die sich in manchen Städten seit den 1990er Jahren entwickelt hat. Nachdem die Schwäche des Sozialstaates mit dem Epochenbruch Mitte der 1970er Jahre deutlicher wurde und die Städte mit den sozialen Folgen konfrontiert wurden, hatte die Metapher von der „neuen Unübersichtlichkeit“⁴⁷ für die Pluralisierung und Differenzierung der sozialen Verhältnisse Konjunktur. Die damaligen Verhältnisse wurden als kontingent – als so oder auch anders möglich – gesehen. Dieser Tendenz zur Differenzierung und Entgrenzung – so hier die These – stellte sich die „Erfindung“ der Stadtgesellschaft als eines Begriffs der Gegenwart entgegen. „Stadtgesellschaft“ war ein Angebot zur Kontingenzschließung, zur Herstellung einer Übersichtlichkeit zwischen Staat und Markt. Mit dem Begriff Stadtgesellschaft (I) wird der vielfältig ungleichen Bevölkerung ein Zusammenhang auf der lokalen Ebene suggeriert und eine Decke über die Verschiedenheit gebreitet.

Diesem imaginären oder ideologischen Stadtgesellschaftsbegriff aber Leben einzuhauchen bedarf es mehrerer Voraussetzungen:

1.200 Jahre bürgerlicher Gemeinsinn. Geschichte des Stiftungswesens in Frankfurt am Main, in: Stiftung & Sponsoring 2/2010, S. 11.

47 J. Habermas, Die neue Unübersichtlichkeit. Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, Frankfurt a.M. 1985.

1. Es gibt solche Voraussetzungen, die im Bereich der Stadtpolitik selbst liegen, mit denen sie eine Bindung an die Stadt erzeugen kann. Dazu zählt ein Sprachbild wie das der „Stadtgesellschaft“ zur Erzeugung einer Gemeinsamkeit, aber auch neue Raumbilder⁴⁸ zur Attraktivitäts- und Bedeutungssteigerung für die eigene Bevölkerung. Anerkennungsrituale und das Schaffen von begrenzten privilegierten Öffentlichkeiten sowie Beteiligungschancen in Planungsverfahren stellen eine direkte Beziehung zwischen den städtischen Subjekten und der Stadt her.
2. Die Entwicklung von persönlichen emotionalen Bindungen an die Stadt setzt ein Bedürfnis auf Seiten der Subjekte voraus. Erst mit der kulturellen Postmoderne wurden Emotionen als handlungsleitend anerkannt und in Wert gesetzt. Die Bindung an die eigene Stadt als Heimat bzw. ein Lokalpatriotismus finden heute gesellschaftliche Anerkennung und werden von den Subjekten nun auch deutlich von außen erkennbar artikuliert. Die Städte begriffen, dass diese Bindung vor dem Hintergrund der Globalisierung eine notwendige Ressource für die Stadt darstellte.
3. Eine weitere Voraussetzung waren die Veränderungen in den Subjekten selbst: von einer Haltung des demonstrativen Konsums als Differenzierungsmerkmal in der Moderne hin zu einer Haltung eines „demonstrativen Selbst“, wie ich es nennen möchte. Andreas Reckwitz verwendet dafür den Begriff der expressiven Selbstoptimierung.⁴⁹ Das demonstrative Selbst ist eine heute weit verbreitete Subjektivierungsform, die Menschen – ob wohlhabend oder nicht – einen neuen im weitesten Sinn politischen Wirkungskreis entsprechend ihren eigenen moralischen Standards (ökologisch, feministisch, pazifistisch, antikapitalistisch, antirassistisch) suchen lässt. Die Stadt, aber nicht nur sie, bietet ein überschaubares Praxisfeld zur Demonstration des Selbst. Dies zeigt sich nicht nur am Protestverhalten. Das demonstrative Selbst zeigt sich ebenso am Beispiel des jetzt hervortretenden Typus der Stifterin oder des Stifters, d.h. der so genannte Gemeinsinn hat heute andere Grundlagen als in fordistischen Zeiten. Dieser Typus gibt sich öffentlich zu erkennen, hat eine expressive Orientierung, in der sich das Anliegen, die Motive deutlich mit der Person verbinden. Meistens sagt der Stiftungszweck etwas über die eigene Geschichte aus. Was der Person wichtig ist, sollen alle erfahren. Insofern ist die Stiftung eine bewusste und logische Fortschreibung der eigenen Biographie, eine Art Selbststilisierung. Dabei hat das lokale Element einer Stiftung in oder für die Stadt den Vorteil, dass in diesem Rahmen eine gesellschaftliche Verortung und Anerkennung geboten werden kann.
4. Schließlich ist es die Stadt selbst, die mit ihrer Geschichte im Baulichen und Sozialen heute als eine bedeutende Ressource für die Gestaltung der Zukunft anerkannt wird.

48 D. Ipsen, Raumbilder, Kultur und Ökonomie räumlicher Entwicklung, Pfaffenhofen 1997.

49 A. Reckwitz, Unschärfe Grenzen. Perspektiven der Kulturosoziologie, Bielefeld 2008, S. 212.

Wenn diese Geschichte erinnert wird, kann sie sich als ein Bindungsfaktor für individuelles oder gemeinschaftliches stadtbezogenes Handeln erweisen.⁵⁰

Die so erzeugte Loyalität und Identifikation mit der Stadt kann im Sinn einer Aufwärtsspirale immer mehr Leute in ihren Sog ziehen, denn in diesem Prozess verändern sich auch die Empfänger der privaten Ressourcen: Stadtplanung durch den politischen Protest; Schulen, Museen, Universität durch private finanzielle Ressourcen. Die Mittel dieser Institutionen, diese lokale Bindung hervorzulocken, sind vielfältig und häufig exklusiv. So bilden sich mehr oder weniger überlappende Personenkreise heraus, die bei öffentlichen Veranstaltungen wiederum als „Stadtgesellschaft“ angesprochen wurden. Die machtpolitische Bedeutung dieser neuen Netzwerke für die Stadt ist bisher ebenso wenig untersucht wie die Frage, ob all dies etwas mit denen „am Rand der Stadtgesellschaft“ (I) zu tun hat. Hier wären vor allem die „Bürgerstiftungen“ zu untersuchen, da sie sich an der Behebung sozialer Defizite einer solidarischen Stadtgesellschaft (II) orientieren und besonders das Ehrenamt fördern und der Sozialintegration widmen. Doch der härteste Test für die Großstädte, die politisch auf eine Stadtgesellschaft hinarbeiten, ist derzeit die Frage, wie die Stadtpolitik im aktuellen Gentrifizierungsschub agiert. Themen wie die Wohnungsnot und die hohen Mieten treffen den „Nerv der Stadtgesellschaft“.⁵¹ Wie und ob sich die Stadtgesellschaft als soziale Praxis zwischen Staat und Markt schieben kann und sie damit ein Stück Autonomie gegenüber Land und Bund für die Kommune zurückgewinnen kann oder ob die „Stadtgesellschaft“ nur ein schöner Traum einiger weniger Städte in einer Prosperitätsphase der postmodernen Gesellschaft in Deutschland war, wird sich auch daran erweisen.

5. RESÜMEE

Die Sprache hat mit dem differenzierten Gebrauch des Wortes „Stadtgesellschaft“ manches über eine eher subtile politische Praxis von und in Städten offenbart, an der die Politik, Fachleute, die Medien und die Stadtforschung mitarbeiten. Eine Reflexion über das „Doing Stadtgesellschaft“ hat in der wissenschaftlichen Stadtforschung bisher nicht stattgefunden. Stattdessen wird Stadtgesellschaft wie selbstverständlich genutzt und avancierte zum Modewort, mit dem Macht- und Herrschaftsphänomene in der Stadt in den Hintergrund geschoben werden.

Es ist anzunehmen, dass „Doing Stadtgesellschaft“ nicht nur dort geschieht, wo der Begriff Stadtgesellschaft mit seinen Varianten in der lokalen Diskussion nachgewiesen

50 In Frankfurt ist ein solcher Bezugspunkt die konfliktreiche Auseinandersetzung um die teilweise Wiedererrichtung der im Zweiten Weltkrieg verlorenen Altstadt, aber auch die lange Stiftungstradition, die einen Anknüpfungspunkt für neue Bindungen bietet, so dass man sich auch in dieser Tradition sehen kann.

51 FAZ vom 11.03.2012 (FAZ.NET).

werden kann. Alle Städte müssen mit der Vielfalt und Spaltung ihrer Bevölkerung umgehen. Das Phänomen, die Bindung von Privaten an die Stadt zu verstärken, um an neue Ressourcen für die Gestaltung der Zukunft der Stadt zu kommen, wird auch dort vorhanden sein, wo man diesen Begriff nicht verwendet oder nicht in dem Umfang, in dem das in Frankfurt belegt ist. Denn, wenn es um Bindungsmöglichkeiten geht, haben Städte, wie ein Vergleich Frankfurts und Hamburgs aus der Perspektive ihrer Eigenlogik zeigte,⁵² historisch unterschiedliche Ausgangslagen. In Hamburg besteht diese Bindung an die Stadt in einem starken Traditionsbewusstsein und Lokalstolz. Mag sein, dass daher der Begriff Stadtgesellschaft nur selten gebraucht wird. Frankfurt aber musste sein Selbstverständnis im Lauf der Geschichte häufig verändern und verstand es lange Zeit nicht, die eigene Geschichte zur Reproduktion von Bindungen an die Stadt einzusetzen, weil sie sich den Wirtschaftserfolg auf die Fahnen geschrieben hatte. So teilt der in Frankfurt festzustellende besonders häufige politische und mediale Gebrauch des Begriffs Stadtgesellschaft etwas darüber mit, wie ein Bindungsdefizit verbal bearbeitet wird.

Die Begriffsanalyse des Wortes Stadtgesellschaft hat uns auf die Spur eines in der Stadtsoziologie zur Zeit nicht untersuchten Phänomens geführt: auf eine Praxis der imaginären und realen Kohärenzproduktion. Es sind neue Bindungskräfte, die zahlreichen Städten, nicht zuletzt durch Zunahme der Subjektivierungsform des demonstrativen Selbst, zugewachsen sind. Das hat den Zugang zu neuen Ressourcen und zur Bildung neuer lokaler Machtkonstellationen eröffnet. Zahlreiche Diskurse berühren dieses Thema am Rande: Diskurse über die neoliberale Stadtpolitik, über Governance, über den aktivierenden Staat oder die Kommune, über Partizipation, über Zivil- oder Bürgergesellschaft, die „neue Bürgerlichkeit“ oder das Stiftungswesen. Keiner der Diskurse erzählt jedoch etwas über die Praxis des „Doing Stadtgesellschaft“, die vielfältigen Facetten der Bindungsmöglichkeiten an die Stadt und damit der Produktion von Kohärenz.

52 M. Rodenstein, Die Eigenart der Städte – Frankfurt und Hamburg im Vergleich, in: H. Berking/M. Löw (Hrsg.), Die Eigenlogik der Städte, Frankfurt a.M./New York 2008, S. 261-312.

